

Dr. Dierk Hirschel
Bereichsleiter Wirtschaftspolitik
Verdi-Bundesvorstandsverwaltung
Berlin

Gute Arbeit, Soziales Europa

Rede zum ersten Mai 2014 in Braunschweig

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der erste Mai ist der Tag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Überall auf der Welt versammeln wir uns, um für unsere Rechte und Ziele einzutreten.

Der erste Mai hat eine lange Geschichte. Vor über 120 Jahren demonstrierten in Berlin, Hamburg und Dresden erstmals Hunderttausende für den 8 Stundentag.

Der erste Mai erinnert uns aber auch an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte. Morgen, am 2. Mai 1933, also vor mehr als 80 Jahren, haben SA und SS-Kommandos die Gewerkschaftshäuser gestürmt und besetzt.

Die freien Gewerkschaften wurden zerschlagen. Tausende Kolleginnen und Kollegen wurden verhaftet, gefoltert und ermordet. Nur zwei Tage später wurde Adolf Hitler Ehrenbürger von Braunschweig.

Überall dort wo Unrecht zu Recht wird, ist Widerstand unsere erste Pflicht. Es ist für uns unerträglich, wenn Politik, Justiz und Verwaltung es zulassen, dass Neonazis am ersten Mai aufmarschieren können.

Geduldete Naziaufmärsche sind kein Gebot der Demokratie, sondern ein politischer Skandal!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der erste Mai steht dieses Jahr unter dem Motto: Gute Arbeit, Soziales Europa.

Gute Arbeit heißt für uns, dass der Lohn zum Leben reichen muss. Diesem Ziel kommen wir jetzt näher. In sieben Monaten endet die Zeit der Hungerlöhne. Nächstes Jahr kommt der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Dieser große soziale Fortschritt ist unser Werk.

Vor zehn Jahren, auf dem Höhepunkt der Proteste gegen die Agenda-Politik, starteten die Gewerkschaften NGG und Ver.di ihre Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn. „Arbeit darf nicht arm machen!“, war unser Leitsatz.

Die ganze Gewerkschaftsfamilie, Kirchen und Sozialverbände unterstützen unseren Kampf gegen die Entwertung der Ware Arbeitskraft. Mit großem Erfolg! Ganz Deutschland will heute den Mindestlohn. Das ist unser Verdienst!

Im Bundestagswahlkampf forderten alle Parteien, mit Ausnahme der gelben Schutzengel der Hochfinanz, einen Mindestlohn. Am Wahlabend stimmte die überwältigende Mehrheit für einen gesetzlichen Mindestpreis der Arbeit. Die einzige bekennende Hungerlohnpartei wurde beerdigt.

Von einem gut gemachten Mindestlohn können rund fünf Millionen Menschen profitieren. Ihre Armutslöhne würden um ein Drittel steigen.

Sie hätten mehr Geld zum Leben und könnten sich den entwürdigten Gang zum Sozialamt ersparen. Die höhere Kaufkraft belebt die Wirtschaft und spült mehr Geld in die Staats- und Sozialkassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

noch ist der Mindestlohn aber nicht Gesetz. Täglich schüren die Mindestlohngegner Ängste, verbreiten Falschmeldungen und Schreckensnachrichten.

Wenn der Mindestlohn kommt, dann schneiden sich die Menschen angeblich nur noch selbst die Haare, pflücken die Blumen am Wegrand und trinken ihr Bier zu Hause.

Wenn Erntehelfer 8,50 Euro bekommen, verfault angeblich das Gemüse auf dem Feld. Wenn Zeitungsverleger ihren Zustellern 8,50 Euro zahlen müssen, dann stirbt die Pressefreiheit. Und wenn Taxis den Mindestlohn tanken, dann fahren sie direkt in die Pleite.

Professor Sinn prophezeit, dass der Mindestlohn über eine Million Jobs zerstört. Seine Kollegen erzählen ähnliche Horrorgeschichten. Gegen die deutsche ökonomische Zunft ist die Glaubenskongregation der katholischen Kirche ein Club von Freidenkern.

Ärgerlich ist nur, dass die millionenschwere Meinungsmache der Arbeitgeberlobby wirkt. Die große Koalition will jetzt rund 1,8 Millionen Langzeitarbeitslose und Minderjährige vom Mindestlohn aussperren.

Jugendliche unterschreiben angeblich keinen Ausbildungsvertrag mehr, wenn sie 8,50 Euro auf die Hand bekommen. Da staunt der Laie und die Fachfrau wundert sich.

Schon heute verdienen jobbende Jugendliche locker das Doppelte ihrer Ausbildungsvergütung. Die meisten entscheiden sich aber wegen der besseren Karriere- und Einkommenschancen trotzdem für Lehre oder Studium.

Ein jugendfreier Mindestlohn ändert auch nichts an unserer Ausbildungsmisere. Jeder siebte Schüler findet zwischen Braunschweig und Cottbus keine Ausbildungsstelle.

Mehr Lehrstellen gibt es nur, wenn Betriebe, die nicht ausbilden, zahlen müssen.

Auch Langzeitarbeitslosen soll der Mindestlohn verweigert werden – zumindest in den ersten sechs Monaten. Mit Mindestlohn finden Erwerbslose angeblich keinen Job.

Nach dieser Logik dürfte es nach zehn Jahren Hungerlohnrepublik keinen einzigen Langzeitarbeitslosen mehr geben. Hartz IV, Leiharbeit, Minijobs & Co schufen aber keine neue Arbeit, sondern verteilten die vorhandene Arbeit lediglich neu um – allerdings zu prekären Bedingungen.

Gegen Langzeitarbeitslosigkeit helfen keine Billiglöhne, sondern nur individuelle Förderung und Qualifizierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn beim Mindestlohn die Tür nur einen Spalt geöffnet wird, bekommen wir sie nie mehr zu. Die geplanten Ausnahmen führen zu flächendeckenden Missbrauch.

Zeitungen werden dann nur noch von Schülern ausgetragen.

Und neu eingestellte Langzeitarbeitslose schickt der Chef nach sechs Monaten durch die Drehtür. Das machen wir nicht mit.

Für uns ist Würde unteilbar. Für uns gilt das alte Prinzip der Arbeiterbewegung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wir wollen keine Diskriminierung nach Alter oder Status. Deswegen sagen wir Nein zu Armutslöhnen für Jugendliche und Arbeitslose!

Wir werden in den nächsten Wochen gemeinsam mit Kirchen und Wohlfahrtsverbänden Druck machen, um zu verhindern, dass aus dem Mindestlohn eine Mogelpackung wird.

Klar ist auch: 8,50 Euro sind für uns nicht das letzte Wort. Der Mindestlohn muss schnell auf 10 Euro steigen. Auch dafür werden wir streiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Mindestlohn ersetzt keine Tarifpolitik. Er ist nötig geworden, weil Schröder, Merkel und viele Arbeitgeber Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten haben.

Entfesselte Leiharbeit, weniger Kündigungsschutz, mehr Minijobs, Hartz IV und aus Tarifverträgen flüchtende Arbeitgeber schufen millionenfach billige und unsichere Arbeit.

Unsere Tariflandschaft wurde durchlöchert, die Belegschaften wurden erpressbar gemacht. Was wir verhandeln, kommt heute nur noch bei jedem zweiten Beschäftigten an.

Der Mindestlohn stärkt unsere Verhandlungsmacht. Allein seine Ankündigung zwang die ersten Arbeitgeber wieder an den Verhandlungstisch.

Für Friseure und Schlachter konnten wir plötzlich Tarifverträge abschließen. Der Mindestlohn schwächt nicht die Tarifautonomie, sondern er stärkt sie.

Dort wo wir auf Augenhöhe verhandeln können, machen wir das richtig gut. Bestes Beispiel ist der öffentliche Dienst.

Krankenschwestern, Müllmänner und Verwaltungsangestellte bekommen in den nächsten zwei Jahren 5,7 Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Erstmals konnte Verdi auch eine soziale Komponente durchsetzen. Wer wenig hat, bekommt mehr. Dafür sorgt ein Mindestbetrag von 90 Euro. Dieser gute Abschluss war nur möglich weil über 300.000 Beschäftigte in Warnstreiks kräftig Druck gemacht. So muss es weitergehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der Einführung des Mindestlohns haben wir einen wichtigen Sieg errungen. Für eine Neuordnung des Arbeitsmarktes braucht es jedoch mehr. Und es geht voran.

Merkel und Gabriel wollen jetzt die Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklären und das Entsendegesetz für alle Branchen öffnen.

So können wir die Beschäftigten vieler Kleinbetriebe leichter tariflich schützen. Und unsere ausländischen Kollegen bekommen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das ist gut so. Auch hier haben wir unsere Forderungen durchsetzen können.

Trotzdem bleibt der Arbeitsmarkt weiter in Schieflage. Noch immer gibt es Millionen Minijobs, unfreiwillige Teilzeitjobs und befristete Arbeitsverträge. Leiharbeiter erhalten weiterhin ungleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und Arbeitgeber zerstören tagtäglich sichere Arbeit durch Scheinselbständigkeit und Werksverträge.

Mit dieser Entwertung und Entsicherung von Arbeit muss endgültig Schluss sein. Sie muss politisch bekämpft werden. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort - vom ersten Tage an. Wir wollen keine Minijobs und Werksverträge, die reguläre Jobs verdrängen. Und wir akzeptieren Befristungen nur als Ausnahme von der Regel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

so lange jeder Dritte einen unsicheren Job hat, ist das Gerede vom Comeback der Sozialpartnerschaft hohles Geschwätz. Mit Arbeitgeberverbänden, die Tarifflicht dulden und wegsehen, wenn Unternehmer Betriebsräte bekämpfen, lässt sich kein Sozialstaat machen.

Mehr gute Arbeit gibt es nur mit starken Gewerkschaften und einer arbeitnehmerorientierten Politik. Deswegen müssen wir Schwarz-Rot dazu drängen, noch mehr zu machen, um den Arbeitsmarkt wieder in Ordnung zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die große Koalition hat in den ersten Monaten wichtige arbeitsmarkt- und sozialpolitische Forderungen der Gewerkschaften aufgenommen.

Dazu gehört auch die Rente mit 63. Arbeitgeberverbände, neoliberale Professoren und die Versicherungswirtschaft verunglimpfen diese Reform als unsinniges milliardenschweres Geschenk.

Ungerecht gegenüber der jungen Generation, die angeblich die ganze Zeche zahlt. Wirtschaftlich schädlich, da später steigende Beiträge und Steuern angeblich Jobs kosten.

Altkanzler Schröder spricht von einem absolut falschen Signal. Das sollte uns nachdenklich machen. Wenn der ehemalige Kanzler der Bosse und heutige Gasmann etwas falsch findet, dann könnte es nicht Richtiger sein.

Die Rente mit 63 bricht mit der Verzichtlogik der bisherigen Rentenpolitik. Das neoliberale Dogma lautete: Die Rente ist in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft nur bezahlbar, wenn die Alten den Gürtel enger schnallen.

Deswegen wurde die Rentenformel geändert und die Rente mit 67 eingeführt. Mit dramatischen Folgen: Wer heute als Durchschnittsverdiener weniger als 37 Jahre gearbeitet hat, muss in diesem reichen Land zum Sozialamt.

Die Rentenkürzungen waren aber nie alternativlos. Ein längeres Leben und weniger Kinder machen die Rente nicht unbezahlbar. In einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft gibt es nicht zwangsläufig weniger zu verteilen.

Ob die Rente bezahlbar ist, hängt auch davon ab, was ein Beschäftigter künftig an Werten schafft. Und natürlich muss ein größerer Kuchen auch gerecht verteilt werden.

Die Rentenfrage ist somit immer auch eine Verteilungsfrage.

Auch in einer alternden Gesellschaft kann mehr verteilt werden, ohne dass die Jüngeren ausgeplündert werden oder die Wirtschaft lahmt.

Trotz mancher berechtigten Detailkritik an der Rente mit 63, gilt es jetzt den neoliberalen Verzichtspredigern die Stirn zu bieten.

In der Rentenpolitik gibt es keinen Generationenkonflikt. Jung kämpft nicht gegen Alt. Die jungen Beschäftigten, die heute einzahlen, sind die Alten von morgen, die von der heute gekürzten Rente leben müssen.

Eine gesetzliche Rente, die vor Armut schützt und den Lebensstandard sichert, ist machbar. Die Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus muss rückgängig gemacht werden.

Der Irrweg der Rente mit 67 muss beendet werden. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet, längere Zeit Kinder erzogen oder arbeitslos waren, müssen eine armutsfeste Rente erhalten.

Erste kleine Schritte in die richtige Richtung sind gemacht - weitere größere Schritte müssen folgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die große Koalition macht aber auch schwere politische Fehler. Merkels striktes Nein zu höheren Steuern, macht Notwendiges unbezahlbar.

Dabei steht unser Land vor großen Herausforderungen. Unser Bildungssystem, unser Gesundheitswesen, unsere Verkehrsinfrastruktur und unsere Energieversorgung müssen dringend saniert und modernisiert werden.

Die deutsche Wirtschaft fährt auf Verschleiß. Der öffentliche Kapitalstock verfällt. Das jahrelange „Gürtel enger schnallen“ hat einen Investitionsstau in Höhe von 300 Milliarden Euro verursacht.

Die große Koalition will in ihrer Amtszeit 23 Milliarden Euro mehr ausgeben. Das deckt aber nicht die großen gesellschaftlichen Bedarfe. Allein in Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Der Investitionsstau bei öffentlichen Krankenhäusern ist auf 50 Milliarden Euro angewachsen.

Unter dem Strich summieren sich die notwendigen Zukunftsinvestitionen und Sozialausgaben auf einen jährlichen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag. Das geben die klammen Haushalkassen nicht her.

Investieren auf Pump ist ebenfalls keine Lösung. In Zeiten der Schuldenbremse dürfen die Kassenwarte nicht mehr mit Kreditkarte zahlen. Zudem will die große Koalition eisern sparen.

Für die Zukunft unseres Landes ist somit die Steuerfrage zentral. Eine Regierung, die nicht mehr auf Verschleiß fahren will, muss die Steuern erhöhen.

Reichensteuern können dafür sorgen, dass es dabei sozial gerecht und ökonomisch vernünftig zugeht. Geld ist genug da. Das private Nettovermögen ist fünfmal so hoch wie die ganze Staatsverschuldung.

Dieser private Reichtum liegt in wenigen Händen. Das reichste Promille – 70.000 Menschen - besitzt ein Viertel des gesamten Vermögens. Das reichste Zehntel hat mehr als zwei Drittel. Die Hälfte der Bevölkerung hat hingegen fast gar nichts. Dieser hoch konzentrierte Reichtum kann die öffentliche Armut lindern. Dafür brauchen wir endlich eine Vermögensteuer und -abgabe, eine höhere Besteuerung reicher Erben, einen höheren Spitzensteuersatz und höhere Unternehmenssteuern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

höhere Steuern für Reiche reichen aber nicht aus. Die Steuern, die erhoben werden, müssen auch gezahlt werden. Vor wenigen Wochen zeigte das Münchner Landgericht dem millionenschweren Steuerbetrüger Uli Hoeneß die „rote Karte“. 3,5 Jahre Haft sind der längste Platzverweis in der Geschichte des deutschen Fußballs. Die Mutter Theresa vom Tegernsee gehört zu den wenigen Promis, die wegen Steuerbetrug hinter schwedische Gardinen müssen. Nach dem Münchner Urteil ist Steuerbetrug kein Kavaliersdelikt mehr.

Das war nicht immer so. Noch kürzlich galt Steuerhinterziehung als hohe Kunst der Selbstverteidigung. Für die Oberschicht gehörte das Schweizer Schwarzgeldkonto zum guten Ton.

Hoeneß, Schwarzer, Zumwinkel & Co waren keine Einzeltäter. Das Steuerversteckspiel war meist erfolgreich. Wer erwischt wurde, kam mit einem blauen Auge davon. Einfacher Ladendiebstahl wurde häufig härter bestraft als millionenschwerer Steuerbetrug.

Das änderte sich erst mit dem Kollaps der Finanzmärkte. Wer in Zeiten leerer Kassen die Allgemeinheit beklaut, der macht sich unbeliebt. Heute gelten Steurdiebe als gewöhnliche Kriminelle.

Hoffentlich sehen das unsere Schweizer Nachbarn bald genauso. Vielleicht richtet sich dann die nächste Volksabstimmung gegen die kriminellen Zuwanderer mit dem Geldkoffer.

Härtere Strafen allein reichen aber nicht aus. Solange die Politik weiter Beihilfe zum Steuerbetrug leistet, bleiben wir eine schwarz-rot-goldene Steueroase.

Jedes Jahr klauen Steuerräuber rund 30 Milliarden Euro. Sie profitieren von der schlampigen Anwendung der Gesetze. Die Finanzämter haben weder Zeit noch Personal, um die Steuererklärungen von Unternehmern, Freiberuflern oder Hausbesitzern genau zu prüfen.

Nur jeder siebte Einkommensmillionär bekommt Besuch vom Steuerprüfer. In Seehofers Freistaat klingelt das Finanzamt nur alle 20 Jahre an der Tür mittlerer Unternehmen.

Die abhängig Beschäftigten sind hingegen gläserne Steuerzahler. Ihre Lohnsteuer überweist der Chef direkt ans Finanzamt. Wir haben also ein Zwei-Klassen-Steuersystem.

Damit muss Schluss sein. Merkel und Gabriel haben in ihrem Ehevertrag erklärt, dass sie Steuerbetrug bekämpfen wollen.

Nun sind Taten gefragt.

Wir brauchen mehr Personal und Mittel für die Steuerverwaltung. Die strafbefreiende Selbstanzeige muss abgeschafft werden. Und Banken, die Steuerbetrügern unter die Arme greifen, muss die Lizenz entzogen werden.

Der Staat, seine Aufgaben und ihre gerechte Finanzierung werden in den nächsten Jahren weiter für Streit sorgen.

Solange die Regierung die Bedarfe ignoriert und nicht für mehr Steuergerechtigkeit sorgt, werden wir gegen diese Missstände vorgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was für Deutschland gilt, gilt auch für Europa. Wir wollen sichere und gute Arbeit von Paris bis Lissabon. Wir wollen überall in Europa eine Rente, die zum Leben reicht. Wir wollen überall in Europa eine gute Bildung und Gesundheitsversorgung.

Von einem solchen Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind wir leider meilenweit entfernt. Europa steckt heute in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Merkel und Barroso haben unseren Kontinent grün und blau gespart.

Fast 26 Millionen Menschen haben keine Arbeit. Ein neuer Negativrekord. Am schlimmsten trifft es den Süden. Jeder vierte Spanier und Grieche ist arbeitslos. Am Mittelmeer wächst eine „verlorene Generation“ heran.

Nach vier Jahren Dauerkrise feiert Brüssel jetzt das Ende des Absturzes als Erfolg neoliberaler Politik. Für uns gibt es da nichts zu feiern.

Wenn jemand vom Dach eines Hochhauses gestoßen wird und den Sturz mit schweren Knochenbrüchen überlebt, dann würde doch niemand auf die Idee kommen, dem Täter dafür zu danken, dass sein Opfer noch lebt.

Jede kapitalistische Krise ist einmal vorbei. Wenn genug Kapital vernichtet wurde, wird auch wieder investiert. Ohne die Berliner und Brüsseler Politik wäre die Krise schon längst Geschichte.

Wer die Krise überwinden will, muss an ihre Ursachen ran. Das Euroland kriselt, weil beim Bau der Wirtschafts- und Währungsunion gefuscht wurde. Eine gemeinsame Währung kann ohne politische Union nicht überleben.

Eine Währungsunion hat nur dann eine Zukunft, wenn sich Alle an Spielregeln halten. Die nationalen Preise und Löhne dürfen nicht dauerhaft auseinanderlaufen.

Seit „Euro-Geburt“ kletterten jedoch die Preise im Süden, während sie im Norden kaum vom Fleck kamen. Deutsche Waren verbilligten sich gegenüber griechischen und spanischen Gütern. Nicht zuletzt auch aufgrund der deutschen Lohnschwäche.

Das geht auf Dauer nicht gut. Die starken Länder werden stärker und die schwachen Länder schwächer. Irgendwann ertrinken die Verlierer im Schuldenmeer.

Doch damit nicht genug. Vor der Krise konnten Banker, Fondsmanager und andere Kapitalverbrecher ungehindert auf Pump spekulieren. Als die Blase platzte, rettete der verhasste Staat die Glaspaläste vor dem Untergang. So verwandelten Ackermann, Blessing & Co ihre privaten Schulden in Staatsschulden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Angela Merkel hat hingegen eine andere Lesart der Krise. Für unsere Kanzlerin sind die Staatsschulden die Wurzel allen Übels. Schuld an den Schulden sind die Schuldner.

Griechen, Spanier und Italiener haben angeblich über ihre Verhältnisse gelebt. Deswegen muss die schwäbische Hausfrau jetzt den südeuropäischen Lausbuben die Ohren langziehen.

Hilfe gibt es nur gegen harte Sparauflagen und Strukturreformen. Wer da mitmachen muss, verkohlt auf dem Teutonengrill. In allen Krisenstaaten kollabierte das Wachstum, die Arbeitslosigkeit explodierte und die Steuern brachen weg. Das Einzige was noch wuchs, waren die Schulden. Deswegen sind die Schuldenberge heute höher als zu Beginn der Sparpolitik.

Jüngst musste selbst die Troika das Scheitern ihrer Politik eingestehen. Der Internationale Währungsfonds beichtete, dass er die Risiken und Nebenwirkungen des Spardiktats unterschätzt hat.

In der Krise nutzen Troika, Arbeitgeberverbände und konservativ-liberale Politiker die Gunst der Stunde, um den Krisenländern eine neoliberale Schocktherapie zu verordnen. Unter dem Deckmantel von Strukturreformen wird die Tariflandschaft umgepflügt, die Tarifautonomie ausgehebelt, der Sozialstaat abgebaut und öffentliches Eigentum verscherbelt.

Die Flächentarifverträge werden zerschlagen. Die Lohnfindung wird in die Betriebe verlagert. Nationale Tarifverhandlungen wurden abgeschafft, Öffnungsklauseln gesetzlich festgeschrieben und das Günstigkeitsprinzip einkassiert.

Zudem diktiert der Staat die Löhne. Die griechische Regierung kürzte ihren „Staatsdiener“ den Lohn um 30 Prozent. Der Mindestlohn wurde um mehr als ein Fünftel gesenkt.

In allen Krisenländern wird die gesetzliche Rente gekürzt. Und last but not least, werden Häfen, Post und Eisenbahn privatisiert.

Diese neoliberalen Strukturreformen sind nichts anderes als ein Frontalangriff auf die Errungenschaften und Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

Es ist richtig und wichtig, dass sich unsere südeuropäischen Kolleginnen und Kollegen gegen diesen Kahlschlag wehren. Ihr Widerstand braucht unsere Solidarität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die europäische Krise kann nur mit einem Politikwechsel überwunden werden. Die neoliberale Politik muss gestoppt werden. Intelligentes Sparen reicht dafür nicht aus. Die Krisenstaaten können aus ihren Schuldenbergen nur herauswachsen. Dafür brauchen sie die Hilfe ihrer starken Nachbarn.

Wir brauchen jetzt ein Investitions- und Aufbauprogramm für Europa – einen Marshallplan. Dieses Investitionsprogramm sollte jedes Jahr 260 Milliarden Euro für den ökologischen Umbau und die Modernisierung der Volkswirtschaften ausgeben – zehn Jahre lang. So könnten zwischen Amsterdam und Palermo bis zu elf Millionen neue Jobs geschaffen werden. Bezahlen sollen das die Reichen und Superreichen mit einer europäischen Vermögensabgabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Europa hat heute bei vielen Beschäftigten einen miserablen Ruf. Das liegt nicht nur an der asozialen Kürzungspolitik. Neoliberale EU-Kommissare waren häufig die Dosenöffner für Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung.

Aktuell droht neues Unheil. Europa und die USA wollen die weltweit größte Freihandelszone schaffen. Zölle sollen abgebaut, Dienstleistungen liberalisiert, das Beschaffungswesen geöffnet und Investorenrechte gestärkt werden.

Im Sommer letzten Jahres startete die erste Verhandlungsrunde. Die Gespräche finden hinter verschlossenen Türen statt. Für die Geheimniskrämerei gibt es gewichtige Gründe.

Verhandelt wird u.a. über einen Investorenschutz. Abgekürzt heißt das Monstrum ISDS. Nicht zu verwechseln mit Dieter Bohlen's DSDS, also „Deutschland sucht den Superstar“. Passender wäre: „Investor sucht dummen Staat“.

Investoren sollen künftig Staaten vor einem privaten Schiedsgericht auf Schadensersatz verklagen können, wenn ihre Profite durch staatliche Eingriffe bedroht sind.

Konkret bedeutet das: Ein französischer Konzern verklagt den ägyptischen Staat wegen der Anhebung des Mindestlohns. Ein kanadischer Gaskonzern verklagt über seine US-Tochter Kanada wegen eines Fracking-Moratoriums. Philipp Morris verklagt Australien und Uruguay wegen Vorschriften zur Zigarettenwerbung.

Eine solche Sondergerichtsbarkeit für Konzerne geht gar nicht. Sie opfert Bürgerrechte den Profitinteressen. So wird der Rechtsstaat unterlaufen.

Doch damit nicht genug. In den USA endet die Demokratie häufig am Werkstor. Die Vereinigungs- und Verhandlungsfreiheit ist im wilden Westen eingeschränkt. Die gewerkschaftsfeindlichen Praktiken im VW-Werk Chattanooga oder bei T-Mobile USA sind nur die Spitze des Eisberges.

Wir wollen nicht, dass eine Freihandelszone unsere Arbeits- und Sozialstandards aushöhlt. Zwar steht im EU-Verhandlungsmandat, dass das nicht geschehen soll. Aber wie weit können wir einer Kommission trauen, die gerade in Athen, Rom und Madrid Arbeitnehmerrechte mit Füßen tritt.

Freihandel ist kein Selbstzweck. Wenn ein solches Abkommen Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte bedroht, dann müssen wir dafür sorgen, es entweder entsprechend abgeändert wird, oder erst gar nicht zustande kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen ein Europa der Gleichheit, der Freiheit, der Solidarität und des Friedens. Ein demokratisches Europa der arbeitenden Menschen und kein marktkonformes Europa – wie es Frau Merkel möchte.

In Brüssel werden täglich politische Entscheidungen getroffen, die unser Leben beeinflussen. Deswegen ist es wichtig bei den Europawahlen für Parteien zu stimmen, die für eine arbeitnehmerorientierte Europapolitik stehen.

Wer nicht zur Wahl geht oder sogar die Europa- und Gewerkschaftsfeinde von der AFD wählt, schadet unserer gemeinsamen Sache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die beste Garantie für eine andere Politik ist aber unsere eigene Stärke. Wer gute Arbeit und ein soziales Europa will, der muss einer Gewerkschaft beitreten und sich einmischen. Sagt das euren Verwandten, Freunden und Kollegen.

Wenn wir selbst stark sind, dann kann uns egal sein, wer unter uns regiert. Wir haben in unserer über 150 jährigen Geschichte den Kapitalismus immer wieder erfolgreich zivilisiert. Das wird uns auch in Zukunft gelingen. Wenn wir uns unterhaken, werden wir es schaffen, unsere Gesellschaft gerechter und lebenswerter zu machen.

Glück auf.